

Oliver Rathkolb

EU-14 und 1: Was bewegte die Europäische Union zur „Österreich-Quarantäne“ auf Zeit? Ein moralischer „Befreiungsschlag“ ins Wasser des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa.

Als am 12. September 2000 die Maßnahmen gegenüber Österreich von den 14 EU-Mitgliedstaaten, die diese nach dem Regierungseintritt der FPÖ in eine Koalition mit der ÖVP im Februar verhängt hatten, aufgehoben wurden, blieb am Rande dieser Entscheidung der Hinweis fast unbemerkt, dass ein Mechanismus zur künftigen Beobachtung und Reaktion auf Verletzung der „gemeinsamen europäischen Werte“ durch Mitgliedsstaaten geschaffen werden sollte. Diese Anregung der „drei Weisen“ (Martti Ahtisaari, Jochen Frowein, Marcelino Oreja), die einen Bericht über Österreich verfasst hatten, wurde aufgenommen und symbolisiert gleichzeitig die Hilflosigkeit der EU, mit dem immer gravierender werdenden Phänomen des teilweise bereits militant brutalen Rechtsextremismus und der gestylten Form des fremden- und migrationsfeindlichen Rechtspopulismus fertig zu werden.

Die Integration einer in den letzten Jahrzehnten ganz bewusst mit nationalistischen Codes in Volksbefragungen („Österreich zuerst“) bzw. in Wahlkämpfen gegen eine „Überfremdung Wiens“ polemisierenden Partei wie der FPÖ in eine Regierung – dieses Thema wurde übrigens auch von der ÖVP und dem jetzigen Kanzler Wolfgang Schüssel ebenso klar im Wahlkampf vor dem 3. Oktober 1999 angesprochen wie es in dem sogenannten „Weisen-Bericht“ zu Österreich und dem „Wesen der FPÖ“ wiederholt wurde –, brachte letztlich das politische Problem zum Überlaufen.

Die in der Geschichte der Europäischen Union bisher einzigartige politische Aktion, in der 14 zentrale Entscheidungsträger unter strengster Geheimhaltung eine gemeinsame Position, nämlich das Einfrieren diplomatischer bilateraler Beziehungen mit Österreich auf Minister- und Kanzlerebene beschlossen haben, hat einen aktuellen Hintergrund, das Problem Fremdenfeindlichkeit in Europa, aber auch einen historischen Auslöser. Bereits auf der Stockholmer Holocaust-Konferenz über Erziehungs-, Vermittlungs- und Forschungsfragen Ende Jänner 2000 war die FPÖ-Regierungsbeteiligung zentrales aktuelles Gesprächsthema, das vor allem auch vom anwesenden israelischen Ministerpräsidenten Barak öffentlich angesprochen wurde. 6 Ministerpräsidenten von EU-Staaten waren ebenso anwesend wie Außenminister aus anderen Staaten. Der deutsche sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder hat später offen erklärt, dass ihn dieser historische Konnex auf der Stockholmer Konferenz zum Handeln bewegt hat – übrigens nicht, wie im Sinne von Verschwörungstheorien gerne formuliert, animiert vom damals noch amtierenden sozialdemokratischen Bundeskanzler Klima, dessen Rede aber große Aufmerksamkeit erregte und in der Jerusalem-Post abgedruckt wurde. Die Stockholmer Deklaration über den aktuellen „Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Xenophobie“ war der symbolische Schlussstrich für die nachfolgende EU-Aktion.

Schon bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 und der internationalen Berichterstattung wurde Jörg Haider's Bild und der relative Wahlerfolg der FPÖ mit 26,9% nicht nur als europäisches, sondern durchaus auch als globales Medienereignis gespielt – immer aber mit dem Schwergewicht auf dem bisherigen fremdenfeindlichen Unterton der FPÖ-Wahlwerbung und den Relativierungsversuchen bezüglich Themen der NS-Vergangenheit durch Jörg Haider

selbst (Im Kärntner Landtag lobte Jörg Haider etwa am 13.6.1991 die „ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“, worauf er am 21.6.1991 von SPÖ und ÖVP als Landeshauptmann von Kärnten abgesetzt wurde).

Sowohl die großen EU-Staaten als auch viele kleinere Mitgliedsstaaten haben seit 1989 – bzw. wer genau hinsieht bereits davor in den 1980er Jahren in der Rezessionsphase – bei den demokratischen Wahlkämpfen zunehmend Probleme mit der Rationalisierung von Zuwanderungs- und Migrationsdebatten in der Gesellschaft bekommen. Während des langen Wirtschaftswachstumsbooms bis in die 1970er Jahre waren zahlreiche „GastarbeiterInnen“ nach Europa geholt worden, ohne jedoch eine entsprechende Integrations- und Einwanderungspolitik durchzuführen. In Deutschland haben die heftige Asyldebatte und auch die Versuche der CSU, den rechten Migrationsdiskurs durch aggressive Rhetorik zu absorbieren ebenso wenig die partiellen Wahlerfolge der rechtsradikalen Republikaner – vor allem auf regionaler Ebene - verhindert, noch die brutalen gewalttätigen Übergriffe gegen ImmigrantInnen, Behinderte und Obdachlose eingeschränkt. Der deutsche Verfassungsschutz registrierte 1999 in einer unvollständigen Statistik 13 Tötungsdelikte aus diesem Spektrum (seit 1989 insgesamt 120 Todesopfer). Die Wahrscheinlichkeit in den neuen Bundesländern Deutschlands als ImmigrantIn Opfer einer rechtsradikalen Gewalttat zu werden, ist dort 26 mal höher als in den alten Bundesländern.

Viele der Spitzenakteure sind seit vielen Jahren mit dem Problem konfrontiert, die Migrationsdiskussion zu entemotionalisieren, zu kanalisieren und agieren häufig extrem ungeschickt, indem sie statt aufzuklären, durch Polizeimaßnahmen (meist auf der Basis eines „Asylgesetzes“ statt „Einwanderungsgesetzes“) versuchen, in der Praxis die Migrationsquoten zu senken. Dadurch verstärken sie aber natürlich den gesellschaftspolitischen Treibsatz, da sie die Integration und Aufklärung völlig vernachlässigen bzw. alle Vorurteilsstrukturen bestätigen und indirekt sogar noch die Ängste und die Tendenzen in Richtung rechtspopulistischer Parteien verstärken. Diese agieren bestätigend, fordern aber noch mehr Härte gegen „AusländerInnen“ auf allen Ebenen bis hin zur sofortigen Abschiebung bei Straftaten (meist eingebunden in einen Law and Order Diskurs für das gesamte Strafrecht).

Vor allem der Trend in Richtung politischer Regionalisierung in der Europäischen Union – eine direkte Folge des Machtverlusts der Nationalstaaten an die EU – begünstigt den europäischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, der sich nicht nur als jeweils „nationale“ neue Heimatschutzpartei konstituiert – so ganz stark in Dänemark oder in der Lega Nord in Italien aber auch in der FPÖ in Österreich -, sondern auch versucht, alle Anti-EU Trends zu bündeln: Die „Rechte“ als Hüterin des Einzelnen nicht nur gegenüber den jeweiligen nationalstaatlichen Autoritäten, sondern auch gegen die supranationalen Institutionen der Europäischen Union. Die „Rechte“ blüht in bestimmten Regionen (ohne „Ausländeranteile“) und auch in großen Metropolen mit hohen Zuwanderungsraten (Antwerpen, Wien).

All diesen Gruppierungen blieb aber letztlich meist das moderne politische Marketing und die permanente Aufmerksamkeit der Medien – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene - verwehrt. Le Pen gelang es mit der Front National, eine Zeitlang die Medienobservanz zu erlangen (1995 mit 15% der Stimmen im Präsidentenwahlkampf belohnt und von lokaler Bedeutung in manchen Regionalverwaltungen), doch scheiterte er letztlich – auch als eine Folge der Tatsache, dass er – trotz einiger Ansätze – keine Partner für permanente politische Mehrheitsbildungen fand. Letztlich spaltete sich auch noch die Partei. Dies ist auch einer der Gründe, warum Frankreich so heftig in der Österreich-Frage reagiert hatte, da diese Ausgrenzungspolitik in Österreich auf Bundesebene durchbrochen wurde. In Frankreich ist

überdies das liebliche Österreichbild der Nachkriegszeit seit der Waldheim-Diskussion durch die Thomas Bernhard-Brille in Intellektuellenkreisen geprägt (Thomas Bernhards Werke wurden in Frankreich sehr breit rezipiert und sind höchst beliebt). Wohl auch scheiterte Le Pen an seinem radikalen offenen Antisemitismus und seiner Gewalttätigkeit, die ihm auch seine Mandate im Europäischen Parlament nach einer Verurteilung kosteten.

Trotz des Rückgangs der Stimmen für die Front National blieb in Frankreich 1998 – so eine entsprechende EU-weite Umfrage – die Xenophobie ausgeprägt im öffentlichen Bewusstsein – ebenso wie in Belgien, Dänemark und Österreich. D.h. dass zentrale Akteure bzw. das Objekt dieses „Quarantäne-Versuchs“ durchaus ein zentrales gemeinsames politisches Problem haben: Die Fremdenfeindlichkeit. Der flämische nationalistische Vlaam's Blok in Belgien, der die Babyplakate der FPÖ 1999 einfach kopierte und den aggressiven anti-Migrationskurs gleich mitübernahm, erzielte 15 Parlamentssitze (gegenüber 10 bei der letzten Wahl) und erreichte in der größten Stadt, Antwerpen, ein Drittel der Stimmen. In Antwerpen selbst bestellt der Vlaams Blok 20 der 55 Sitze im Stadtrat. Ganz offen bekennt sich diese Partei zum Haider-Marketing – rechtspopulistische Inhalte modern und jung verpackt mit totalem Medienecho zu vermarkten.

Typisch für viele der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in der EU ist auch, dass sie den „kleinen Mann“ (Frauen werden darunter subsumiert, nur in Dänemark steht eine Frau an der Spitze) gegen die korrupten „Altparteien“ verteidigen und ein Vulgär-Liberales Programm mit konservativen Werteinhalten aber modern und aggressiv verkauft anbieten. Das heißt natürlich, dass sie Skandale – so in Frankreich und Italien – perfekt ausnützen, die eigenen Korruptionsfälle hingegen werden einfach heruntergespielt und als Betriebsunfälle geschickt „ausgelagert“ (so im Falle der FPÖ bei einem Megabankenskandal in NÖ, der die NÖ-FPÖ fast in den Konkurs getrieben hätte).

Grundsätzlich sind aber natürlich die jeweils nationalen Rahmenbedingungen prägend für die einzelnen Rechtsparteien – so in Belgien die großen sozio-ökonomischen Unterschiede zwischen den beiden Sprachregionen, in Österreich die lange Dominanz der Sozialdemokratie als Kanzlerpartei seit 1970 und die Sozialpartnerschaft als gelegter sozio-ökonomischer Proporz zwischen SPÖ und ÖVP (nochmals wiederbelebt durch die Große Koalition 1986-1999, die bereits 1945-1966 regiert hatte). Doch zentrale Botschaften sind ähnlich und einige FPÖ-Wahlkampflogos haben bei einer anonymisierten Meinungsumfrage durchaus Zuspruch auch in Deutschland gefunden – vor allem in den neuen Bundesländern.

Vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union ist damit zu rechnen, dass „nationale“ Themen und subkutane bzw. offene Fremden- und Migrationsfeindlichkeit gerade in der Erweiterungsdebatte bei konkreten Verhandlungsergebnissen (so bezüglich der uneingeschränkten Mobilität im EU-Arbeitsmarkt und etwaiger Übergangsfristen) aufbrechen. All diesen spätmodernen rechten Parteien ist ein starker territorial definierter Nationalismus eigen, der geschickt mobilisiert und Wählerstimmen maximieren – gerade im Zuge der Erweiterung - kann. Diese aktuellen Themen werden aber auch manchmal hinter historischen Fragen entwickelt – so im Falle der Tschechischen Republik, wobei der ehemalige Parteiobmann Haider als nunmehriges „einfaches Parteimitglied“ und Kärntner Landeshauptmann immer wieder den EU-Beitritt von der formellen Abschaffung der Benes-Dekrete und der damit implizierten Anerkennung der Restitutionsansprüche der Sudetendeutschen Vertriebenen und ihrer Nachkommen abhängig macht.

Diese klare Linie der FPÖ, die einem EU-Beitritt Dritter nur im Falle von möglichst hoher Angleichung der „sozialen, gesetzlichen und Umwelt-Standards“ zustimmen will, signalisiert

eine massive national-staatliche Veto-Option gegen die Beitrittswerber, die vielen in der EU Sorge bereitet. Aus der Sicht der FPÖ, die eine konservative Wertgemeinschaft – seit einigen Jahren zum Unterschied von den deutschnationalen Traditionen christlichen Ursprungs (mit offenem Bias in Richtung Katholischen Glaubens) - vertritt, ist ein Beitritt der Türkei aus „Wertegründen“ von vornherein ausgeschlossen (damit aber auch ein Beitritt Zyperns). Europa – auch hier sind sich viele der Rechten einig – wird als geschlossenes „christliches Abendland“ definiert und „verteidigt“.

Insgesamt gesehen, hat die EU im Februar 2000 einen Befreiungsschlag versucht, der aber rasch an Wirksamkeit verloren hat – abgesehen davon, dass er die für den österreichischen Wähler und die Wählerin unerwartete ÖVP-FPÖ-Koalition einzementiert hat. Sehr rasch hat dieser Schritt bei manchen kleineren Mitgliedsstaaten wie Dänemark oder Finnland Besorgnisse ausgelöst, ähnlichen Schritten einmal ausgesetzt zu sein. Die Beitrittskandidaten in Zentral- und Osteuropa haben zwar den diplomatischen Boykott mitgetragen, aber doch signalisiert, dass diese Aktion eine Ausnahme und nicht die Regel sein dürfte. Trotzdem war die Aktion der EU-14 gegen Österreich ein Versuch, ein moralisches Zeichen zu setzen, wobei sich in der Folge viele, die in den Spiegel „Österreich“ blickten, selbst wiedersahen und damit die eigenen nationalen Probleme erkannten.

Es bleibt zu hoffen, dass die EU nicht nur die 150 Millionen US \$, die sie zugunsten der Aufklärung über die EU-Erweiterung ausgeben möchte, vernünftig einsetzt, sondern – ausgehend von der neuen europäischen Grundrechtskonvention – eine Rechtsgrundlage für konkrete Interventionen bei Verstößen gegen die „gemeinsamen europäischen Werte“ schafft, die – und das ist der zentrale Punkt – nicht der Einstimmigkeit bedürfen. Ob diese Hürde genommen wird, bleibt abzuwarten.